



HESSISCHER LANDTAG

30. 06. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen setzt sich aktiv für eine nachhaltige EU-Agrarpolitik nach 2013 ein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union muss für die Förderperiode von 2013 bis 2020 überarbeitet werden. Derzeit werden dafür die Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene abgesteckt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich aktiv in die Verhandlungen um die Fortschreibung der Gemeinsamen Agrarpolitik einzubringen. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die Unterstützung der Landwirtschaft mit öffentlichen Mitteln in Zukunft für konkrete gesellschaftlich erwünschte Leistungen der Landwirtschaft erfolgen soll. Sie soll dazu beitragen, dass Instrumente für die Qualifizierung von Zahlungen im Agrarsektor entwickelt werden, welche die Bereiche Klima-, Umwelt- und Tierschutz, Erhalt der Biodiversität und Verbraucherschutz und Ernährungssicherheit beinhalten. Nur durch eine Qualifizierung der Agrarzahungen wird eine flächendeckende Landwirtschaft in Hessen zu halten sein.

Sie soll sich zudem im Rahmen der GAP-Fortschreibung dafür einsetzen, dass die Agrarzahungen zukünftig entsprechend der Betriebsgröße degressiv gestaffelt gezahlt werden, damit der Strukturwandel zu immer größeren Betrieben nicht durch die Agrarzahungen begünstigt wird.

Der Landtag ist der Auffassung, dass eine multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft die Interessen der Gesellschaft an einer intakten Umwelt und der Erzeugung von sicheren Qualitätslebensmitteln am besten befriedigen kann. Er spricht sich deshalb auch in Zukunft für die finanzielle Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft für erbrachte gesellschaftliche Leistungen aus, sofern diese sich nicht in den Preisen der Erzeugnisse widerspiegeln.

Der Landtag lehnt es jedoch ab, eine industrialisierte Landwirtschaft, die nur auf Billigproduktion und Export ausgerichtet ist und dabei ökologische, ethische und soziale Standards missachtet, weiterhin mit Steuermitteln zu fördern.

Begründung:

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der vergangenen Jahre hat grundlegende Probleme im Agrarsektor nicht gelöst, sondern eher verschärft. Dazu gehören zum Beispiel die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft, mit entsprechenden Umwelt- und Klimaproblemen, das Höfesterben und der Verlust von Arbeitsplätzen sowie der Rückgang der biologischen Vielfalt und von Lebensräumen.

Die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss dazu genutzt werden, die europäische Agrarpolitik nach 2013 grundlegend neu auszurichten. Das neue Leitbild in der Gemeinsamen Agrarpolitik muss sein, eine multifunktionale, bäuerliche, sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft mit lokal angepasster Größenstruktur zu schaf-

fen. Das Ziel der Reform muss sein, die Landwirtschaft und die ländlichen Räume auf die zentralen Herausforderungen in den Bereichen Ernährungssicherheit und -qualität, Klima-, Umwelt- und Tierschutz, Biodiversität und erneuerbare Energien einzustellen.

Aufgrund der steigenden Zahl von Empfängerinnen und Empfängern in der vergrößerten EU und gleichzeitig insgesamt weniger Mitteln bietet die Qualifizierung von Direktzahlungen die Möglichkeit, für Hessen eine substanzielle Förderung zu sichern.

Wiesbaden, 29. Juni 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir